

Stärkere Saisonarbeitslosigkeit, infolge Überdimensionierung der Bauwirtschaft

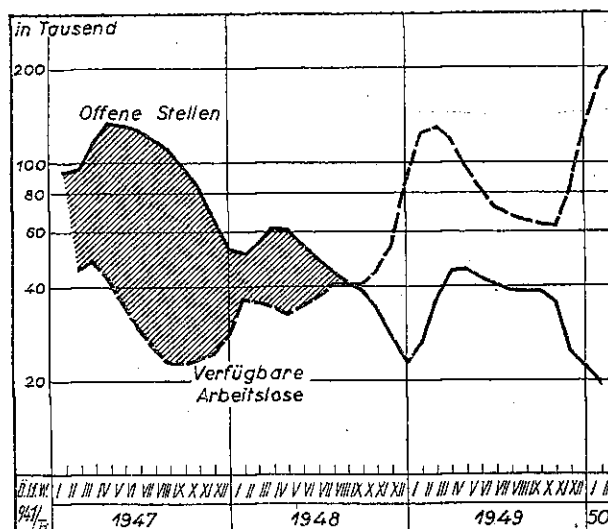
Die Notwendigkeit einer schrittweisen Umschichtung der Arbeitskräfte in exportwichtige Wirtschaftszweige

Die Zahl der Arbeitslosen ist in diesem Winter stärker gestiegen als in den vorausgegangenen Jahren. Mitte Februar, im Höhepunkt der winterlichen Arbeitslosigkeit, waren rund 195.000 verfügbare Stellensuchende bei den Arbeitsämtern vorgemerkt (das sind rund 10% der gesamten unselbständig Erwerbstätigen) gegenüber nur rund 62.500 Ende Oktober 1949. Wenn auch die Steigerung überwiegend saisonbedingten Einflüssen zuzuschreiben ist, so ist es doch fraglich, ob die Arbeitslosigkeit wieder auf den Stand vom Sommer und Herbst des letzten Jahres zurückgehen wird. Die österreichische Wirtschaftspolitik, die wiederholt die „Vollbeschäftigung“ als eines ihrer wichtigsten Ziele bezeichnet hat, würde damit erstmalig nach Kriegsende vor dem schwierigen Problem stehen, Grenzen und Methoden einer aktiven „Vollbeschäftigungspolitik“ zu bestimmen, die eine Erreichung anderer, wirtschafspolitischer Ziele nicht gefährdet.

Die Ursachen der wachsenden Arbeitslosigkeit

Die hohe Arbeitslosigkeit in diesem Winter bildet den vorläufigen Höhepunkt einer Entwicklung, die sich bereits seit dem Währungsschutzgesetz anbahnt. Während bis Ende 1947 selbst in den Wintermonaten ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften herrschte – die Zahl der offenen Stellen übertraf ständig bei weitem die der Stellensuchenden –, hat sich die Relation seither langsam, aber kontinuierlich zu Ungunsten der Stellensuchenden verschoben. Schon im Jahre 1948 war der Arbeitsmarkt annähernd ausgeglichen: 43.000 verfügbaren Stellensuchenden standen im Jahresdurchschnitt nur noch 45.300 offene Stellen gegenüber. Im Jahre 1949 stieg die Zahl der verfügbaren Stellensuchenden weiter auf durchschnittlich 91.200, während die Zahl der offenen Stellen auf 35.700 zurückging. Der Arbeitsmarkt war zum überwiegenden Teil ein „Käufermarkt“ geworden, auf dem mit Ausnahme einiger Berufsgruppen (insbesondere Facharbeiter und landwirtschaftliche Arbeitskräfte) das Angebot die Nachfrage übertraf. Dieser über einen Zeit-

Stand der Stellensuchenden und Zahl der offenen Stellen
(Logarithmischer Maßstab; Angaben in 1.000)



Während bis Ende 1947 selbst in den Wintermonaten ein empfindlicher Mangel an Arbeitskräften herrschte, war schon im Jahre 1948 der Arbeitsmarkt annähernd ausgeglichen. Im Jahre 1949 stieg die Zahl der verfügbaren Stellensuchenden weiter auf durchschnittlich 91.200, während die Zahl der offenen Stellen auf durchschnittlich 35.700 zurückging.

raum von knapp zwei Jahren sich erstreckende Tendenzumschwung ist um so bemerkenswerter, als die Geldmenge durch das Währungsschutzgesetz keineswegs allzu rigoros verknüpft wurde und ungeachtet verschiedener Preissenkungstendenzen noch starke expansive Kräfte wirksam waren. Allerdings war die durchschnittliche Arbeitslosigkeit auch im Jahre 1949 mit rund 5% des Beschäftigtenstandes noch sehr gering und angesichts der strukturellen Unausgeglichenheit der österreichischen Wirtschaft durchaus mit den Zielen einer Vollbeschäftigungspolitik vereinbar. Erst durch das sprunghafte Ansteigen der Arbeitslosigkeit im Winter 1949/50 auf 195.000 verfügbare Stellensuchende oder fast 10% des Beschäftigtenstandes wurden die Probleme einer Vollbeschäftigungspolitik unmittelbar aktuell.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes

Jahr	Bezeichnung ¹⁾	Monat	offene Stellen in 1000		Monat	verfügbare Arbeitslose in 1000	
			in 1000	in % der Unselbständigen ²⁾		in 1000	in % der Unselbständigen ²⁾
1947	Min.	XII.	53·9	2·84	IX.	22·8	1·19
	Max.	IV.	133·3	7·03	III.	48·1	2·57
	Ø		102·8	5·40		31·7	1·67
1948	Min.	XII.	22·5	1·15	IV.	32·9	1·71
	Max.	III.	62·0	3·26	XII.	86·8	4·42
	Ø		45·3	2·33		43·4	2·23
1949	Min.	XII.	17·8	0·88	X.	62·6	3·07
	Max.	IV.	45·5	2·29	XII.	133·7	6·61
	Ø		35·7	1·78		91·2	4·55
1950		I.	19·3	0·96	I.	182·8	9·07
		II.			II.	189·5	9·41

¹⁾ Max. = höchster, Min. = niedrigster Stand im Laufe des Jahres; Ø = Jahresdurchschnitt. — ²⁾ Krankenversicherte Arbeiter und Angestellte + verfügbare Arbeitslose.

Die Zunahme der verfügbaren Stellensuchenden seit dem Währungsschutzgesetz mag teilweise auf eine vollständiger statistische Erfassung zurückzuführen sein. Viele Arbeitslose meldeten sich erst beim Arbeitsamt, als sie durch die Geldknappheit gezwungen wurden, Arbeitslosenunterstützung zu beanspruchen. Auch der im Oktober 1949 wieder eingeführte Anspruch auf Arbeitslosenversicherung und die Höhe der Arbeitslosenunterstützung trugen zweifellos zur lückenlosen Erfassung der Arbeitslosen bei.

In der Hauptsache hat die Arbeitslosigkeit zugenommen, weil das Angebot an Arbeitskräften stark stieg. Nach dem Währungsschutzgesetz strömten viele Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt, die bisher keiner geregelten Beschäftigung nachgegangen waren. Vor allem waren es Frauen, die sich um eine Erhöhung des Familieneinkommens bemühten. Zahlenmäßig stieg das Arbeitskräfteangebot (Beschäftigte plus Arbeitslose) von 1,902.600 im Jahre 1947 auf 1,942.700 im Jahre 1948 und 2,005.900 im Jahre 1949.

Die Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes

Zeit	Krankenvers. Arbeiter u. Angestellte	verfügbare Arbeitslose in 1000	Arbeitskräfteangebot
Ø 1947	1.870·9	31·7	1.902·6
Ø 1948	1.899·3	43·4	1.942·7
Ø 1949	1.914·7	91·2	2.005·9
1950 I.	1.833·0	182·8	2.015·8

Gleichzeitig verschärfte sich der Druck auf dem Arbeitsmarkt durch die anhaltende *Landflucht*. Obgleich ein großer Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften besteht, verminderte sich die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Unselbständigen im Jahre 1948 um 17.600 Personen und im Jahre 1949 um weitere 12.800 Personen.

Die neuen Arbeitskräfte sowie die abgewanderte landwirtschaftliche Bevölkerung konnten nur teilweise von der gewerblichen Wirtschaft und vom öffentlichen Dienst absorbiert werden. Die Aufnahmefähigkeit der öffentlichen Wirtschaft war begrenzt, da sie ohnehin unter einem überdimensionierten Personal-

stand leidet und mit Budgetschwierigkeiten kämpft. Auch die gewerbliche Wirtschaft nahm trotz bedeutenden Produktionssteigerungen in den Jahren 1948 und 1949 nur rund 54.300 Arbeitskräfte neu auf, da die Betriebe wegen Verschlechterung der Liquidität und infolge Wiederauflebens der Konkurrenz gezwungen waren, gleichzeitig mit der Produktion auch die Produktivität zu steigern¹⁾. Die langsam steigende Arbeitslosigkeit geht am deutlichsten aus einem Vergleich der jeweils niedrigsten Arbeitslosenzahlen²⁾ der einzelnen Jahre hervor. Während im Jahre 1947 im Minimum nur 22.800 Arbeitslose gezählt wurden, waren es 1948 32.900 und 1949 bereits 62.600.

Dieser steigende Trend der Arbeitslosigkeit wurde durch eine wachsende *Saison-Arbeitslosigkeit* in den Wintermonaten überlagert. Solange die Betriebe überliquid und Arbeitskräfte knapp waren, hielten auch typische Saisonbetriebe ihre Stammarbeiter über den Winter. Erst als das Geld zusehends knapper wurde und der Arbeitskräftemangel beseitigt war, wurde der Arbeiterstock auch kurzfristig den tatsächlichen Beschäftigungsmöglichkeiten angepaßt. Schon im Winter 1948/49 nahm die Zahl der Arbeitslosen stärker zu; die Steigerung hielt sich aber noch im Rahmen der normalen Saisonschwankungen der Vorkriegszeit. Im Winter 1949/50 jedoch war bereits eine gegenüber der Vorkriegszeit übermäßig starke Saisonbewegung zu verzeichnen. Während im Durchschnitt der Jahre 1927/1937 die Zahl der vorgemerkten Stellensuchenden von Ende Oktober bis Ende Februar um rund 110.000 zunahm, betrug die Steigerung in diesem Winter rund 133.000 Personen.

Die Saisonbewegung auf dem Arbeitsmarkt

Monat	Saisonzahlen			
	Ø 1927/37	1947/48	1948/49	1949/50
	Veränderung (+ oder -) der Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat in 1000			
November.....	+ 36·5	+ 1·2	+ 10·0	+ 17·9
Dezember.....	+ 46·5	+ 3·4	+ 32·0	+ 53·2
Jänner.....	+ 24	+ 8·3	+ 36·4	+ 49·1
Februar.....	+ 3	- 0·3	+ 6·4	+ 6·7
März.....	- 33	- 1·5	- 9·7	

Die über die normale Saisonbewegung hinausgehende Zunahme der Arbeitslosigkeit in diesem Winter läßt sich allerdings damit erklären, daß auf das saisonabhängige Baugewerbe gegenwärtig ein viel größerer Teil der Gesamtbeschäftigten entfällt als

¹⁾ In der Industrie wurde im Jahre 1949 mit einem Beschäftigtenstand, der nur um 26% höher war als im Jahre 1947, um 112% mehr produziert als im Jahre 1947.

²⁾ Der Jahresdurchschnitt sowie der jährliche Höchststand der Arbeitslosigkeit wird durch die Saisonarbeitslosigkeit in den Wintermonaten beeinflusst.

vor dem Kriege. Im Baugewerbe sowie in den Industrien für Steine und Erden (einschließlich der Glasindustrie) waren im Jahre 1949 rund 221.000 Personen beschäftigt, um 163.000 mehr als im März 1938.

Beschäftigte in der Bau- und Baustoffindustrie

Zeit	Baugewerbe	Baustoffindustrie in 1000	Insgesamt
1938 März	42'0	16'0	58'0
1948 März	168'2	42'9	211'1
Ø 1949 ¹⁾	168'8	52'0	220'8

¹⁾ Schätzung auf Grund des Beschäftigtenindex der Arbeiterkammer.

Die voraussichtliche Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Mit dem Anlaufen der Bausaison im Frühjahr wird sich der Arbeitsmarkt sicherlich wieder fühlbar entspannen. Es läßt sich jedoch kaum voraussehen, ob die Arbeitslosigkeit wieder auf den Stand vom Sommer und Herbst letzten Jahres zurückgehen wird. Wohl ist ein allgemeiner Konjunkturrückschlag mit kumulativen Wirkungen und einer stärkeren konjunkturellen Arbeitslosigkeit unwahrscheinlich, da der aufgestaute Bedarf an Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern nur zu einem kleinen Teil schon befriedigt werden konnte und die Sparneigung, insbesondere der Unselbständigen, im Vergleich zu den Investitionsplänen noch immer sehr bescheiden ist. Auch die Liquiditätslage der Kreditinstitute läßt eine stärkere Kreditverknappung kaum befürchten¹⁾. Die Kreditinstitute haben zwar in den letzten beiden Jahren infolge einer anhaltend starken Kreditexpansion²⁾ ihre liquiden Mittel stark vermindert, die noch verfügbaren Liquiditätsreserven zweiten Grades, die laufend durch neue Refinanzierungsinstrumente (insbesondere Wiederaufbauwechsel und Rohstoffwechsel) ergänzt werden, gestatten jedoch zweifellos auch im Jahre 1950 eine beträchtliche Kreditausweitung³⁾. Für einen stärkeren Rückgang der Arbeitslosigkeit im Frühjahr spricht schließlich auch der Umstand, daß der Zustrom neuer Arbeitskräfte so gut wie abgeschlossen sein dürfte. Außerdem

¹⁾ Die gegenwärtige Anspannung auf dem Kreditmarkt dürfte hauptsächlich auf eine vorübergehende Kreditnachfrage infolge der Wechselkursanpassung zurückzuführen sein.

²⁾ Im Jahre 1949 dürfte die Kreditexpansion der Kreditinstitute insgesamt, rund 2.600 Mill. S erreicht haben (endgültige Ergebnisse liegen noch nicht vor) gegenüber nur 2.100 Mill. S im Jahre 1948.

³⁾ Relativ, d.h. im Vergleich zum gestiegenen Preisniveau und zur erhöhten Produktion, wird die Kreditexpansion allerdings zurückgehen. Angesichts der starken Auftriebskräfte, die noch trauer in der österreichischen Wirtschaft wirksam sind, dürfte jedoch eine relative Verknappung der Kreditausweitung die Konjunkturlage kaum entscheidend beeinflussen.

wird die Landflucht infolge der wachsenden Schwierigkeiten, in der gewerblichen Wirtschaft unterzukommen, voraussichtlich zurückgehen.

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die durch die Wechselkursanpassung erzwungenen Umstellungen in der Produktion kaum ohne Friktionen ablaufen werden. Gerade die Überdimensionierung der Bauindustrie könnte eine strukturelle Arbeitslosigkeit auslösen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß in bestimmten Teilbereichen der Wirtschaft auch nach Überwindung der Wintersaison eine stärkere Arbeitslosigkeit bestehen bleibt.

Auf die auffallende Disproportionalität zwischen der Zahl der in der Bauindustrie Beschäftigten und jener in der übrigen Wirtschaft wurde bereits bei der Erörterung der verstärkten Saison-Arbeitslosigkeit hingewiesen. Gewiß war der Beschäftigtenstand der Bauindustrie in der Vorkriegszeit infolge der geringen Investitionstätigkeit zu niedrig. Andererseits besteht kein Zweifel, daß der gegenwärtige hohe Beschäftigtenstand, der bisher der inflationistischen Grundtendenz der Wirtschaft, der reichlichen Dotierung der Investitionstätigkeit aus ERP-Mitteln und der vorwiegend arbeitskraftorientierten Natur der Bauleistungen (Wegräumen von Schutt, Reparaturen) zu verdanken war, auf die Dauer nicht erhalten werden kann. Früher oder später wird die Bauindustrie wieder auf einen normalen Stand, der der kaufkräftigen Nachfrage nach Bauleistungen und der Baustruktur einer ausgeglichenen Friedenswirtschaft entspricht, zurückgeführt werden müssen.

Wie sich die Baunachfrage im Jahre 1950 entwickeln dürfte, läßt sich zur Zeit mangels ausreichender statistischer Unterlagen kaum abschätzen. Versuche, das voraussichtliche Bauvolumen des Jahres 1950, soweit es von der öffentlichen Hand oder aus ERP-Mitteln finanziert wird, roh zu schätzen, haben ergeben, daß im Jahre 1950 (auch ohne zusätzliche ERP-Mittel für den Wohnungsbau) um ungefähr 15% mehr öffentliche Gelder für Bauarbeiten vorgesehen sind als im Jahre 1949. Berücksichtigt man aber, daß der Baukostenindex anfangs 1950 um rund 12% höher war als im Durchschnitt des Jahres 1949, so dürfte im Jahre 1950 das mit öffentlichen Mitteln finanzierte reale Bauvolumen nur etwa gleich groß sein wie im Jahre 1949⁴⁾.

Die Erwartung einer zumindest gleichbleibenden öffentlichen Nachfrage nach Bauleistungen läßt je-

⁴⁾ Dies gilt allerdings nur unter der Annahme, daß die Baupreise trotz den jüngsten Preissteigerungen für Eisen und Kohle im Jahre 1950 unverändert bleiben. Sie erscheint insofern gerechtfertigt, als auch im Jahre 1950 noch eine stärkere Produktivitätssteigerung in der Bauindustrie zu erwarten ist.

doch noch keinen Schluß auf die künftige Entwicklung der Beschäftigung in der Bauindustrie zu. Einmal können trotz unveränderter Nachfrage nach Bauleistungen Arbeitskräfte in der Bauindustrie freigesetzt werden, da mit fortschreitendem Wiederaufbau arbeitsintensive Aufräumungsarbeiten immer mehr von materialintensiven Neubauten abgelöst werden¹⁾. Zum anderen aber dürfte die öffentlich finanzierte Baunachfrage nur zwei Drittel der Gesamtnachfrage nach Bauleistungen betragen, während ein Drittel auf privat finanzierte Bauten entfällt. Über die voraussichtliche private Baunachfrage, die im Wohnungsbau durch die weit unter dem Kostendeckungsniveau gestoppten Mietzinse künstlich gedrosselt wird, ist jedoch eine einigermaßen zuverlässige Schätzung unmöglich.

Bemühungen zur Sicherung eines hohen Beschäftigtenstandes

Angesichts der Ungewißheit über die künftige Entwicklung des Arbeitsmarktes werden verschiedene Versuche unternommen, einer möglichen Unterbeschäftigung im kommenden Frühjahr rechtzeitig vorzubeugen. In diesem Zusammenhang ist vor allem das Ansuchen um eine größere ERP-Freigabe für den Wohnungsbau sowie die Forderung des Gewerkschaftsbundes nach einem „Krisenprogramm“ zu erwähnen, das im Falle einer stärkeren Arbeitslosigkeit verwirklicht werden soll.

Beide Vorschläge laufen im wesentlichen darauf hinaus, die Gesamtnachfrage der Wirtschaft nach Gütern und Leistungen dadurch zu verstärken, daß in der Bauindustrie, also jenem Wirtschaftszweig, der durch eine Unterbeschäftigung besonders gefährdet ist, zusätzliche Geldmittel eingesetzt werden. Ihre Problematik liegt darin, daß sie in einem Konjunkturstadium, das abgesehen von saisonmäßigen Einflüssen noch immer durch das Vorherrschen eines „Verkäufermarktes“ und durch Schwierigkeiten im Außenhandel gekennzeichnet ist, zusätzliche Kaufkraft in die Wirtschaft pumpen und damit gerade jenen Wirtschaftszweig alimentieren wollen, der in seiner gegenwärtigen Dimensionierung auf die Dauer ohnehin nicht erhalten werden kann.

Die Verstärkung der Gesamtnachfrage nach Gütern und Leistungen durch allgemein belebende Kaufkraftinjektionen gehört zu den wichtigsten

¹⁾ Selbst bei hoher Nachfrage nach Bauleistung müßte beim Übergang zu materialintensiven Bauweisen (Neubauten insbesondere im Schüttbauverfahren) eine Arbeitslosigkeit in der Bauindustrie entstehen, da die Kapazität der Baustoffindustrie höchstens die doppelte Baustoffherzeugung der Vorkriegszeit ermöglicht, während die Beschäftigtenzahl der Bauindustrie auf das Vierfache gestiegen ist.

Therapien, die die modernen „Vollbeschäftigungstheorien“ zur Erhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes empfehlen. Ihre Vertreter sind sich jedoch bewußt, daß sie zumindest in einer strukturell unausgeglichenen Wirtschaft nur dann angewendet werden können, wenn die Wirtschaft in wichtigen Bereichen einer direkten Lenkung und Kontrolle unterworfen ist²⁾ — z. B. amtliche Kontrolle von Monopolpreisen, zu denen auch die Löhne zählen, ferner amtliche Höchstpreise und Bewirtschaftung in Produktionsengpässen, rigorose Importkontrollen, quantitative und qualitative Kreditkontrolle usw. Fehlen diese Voraussetzungen, dann würde der Versuch, eine strukturell unausgeglichene Wirtschaft durch dauernde Kaufkraftinjektionen vollbeschäftigt zu erhalten, sehr bald zu Preissteigerungen und schließlich zu einer anhaltenden Preis-Lohnspirale führen.

Gleichzeitig müßte sich die Zahlungsbilanz verschlechtern, da die gesteigerte inländische Kaufkraft Güter- und Produktionsmittel vom Export und aus der Exportindustrie abziehen und auf den Inlandsmarkt umschichten würde. Es schiene daher nicht nur im Hinblick auf die noch immer gespannte Preis-Lohnsituation, sondern vor allem auch im Interesse eines allmählichen Ausgleiches der Zahlungsbilanz wünschenswert, das Geld weiter knapp zu halten und damit einen stärkeren Zwang zur Umstellung in der Produktion zugunsten des Exportes auszuüben.

Weiters ist zu bedenken, daß eine stärkere Alimentierung der Bauindustrie, die auch im Jahre 1950 die Vollbeschäftigung der Bauarbeiter gewährleisten würde, das strukturelle Problem eines im Vergleich zur normalen Baunachfrage und zur Kapazität der Baustoffindustrie überhöhten Beschäftigtenstandes im Baugewerbe nicht löst, sondern nur hinausschiebt. Da sich die Umstellungsschwierigkeiten der österreichischen Wirtschaft mit dem näher rückenden Ende des ERP sicherlich noch verschärfen werden, sollte man den auf die Dauer unvermeidlichen Anpassungen nicht ausweichen, sondern rechtzeitig für eine möglichst reibungslose Umschichtung von Arbeitskräften in neue Berufe vorsorgen.

Diese Bedenken gegen ein kaufkraft- und preissteigerndes Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Bauindustrie bedeuten keine grundsätzliche Ablehnung monetärer Krisenbekämpfungsmaßnahmen. Dem Bei-

²⁾ Siehe hierzu die jüngste Publikation der UNO über Vollbeschäftigung, „National and International Measures for Full Employment“, Lake Success, Dezember 1949, die ausdrücklich der Geld- und Finanzpolitik die Aufgabe der Erhaltung der Vollbeschäftigung zuweist und zur Sicherung der Preisstabilität in strukturell unausgegliehenen Volkswirtschaften direkte Lenkungsmaßnahmen empfiehlt (S. 43/45).

spiele anderer Länder, wie etwa der Schweiz, folgend, schiene es vielmehr durchaus angebracht, sich gegen einen allfälligen stärkeren Konjunkturrückschlag rechtzeitig durch Aufstellung eines im Detail ausgearbeiteten Arbeitsbeschaffungsprogrammes zu wappnen, das im Notfall rasch eingesetzt werden kann. Da sich aber solche Maßnahmen auf die Zahlungsbilanz und die Währungsstabilität nachteilig auswirken, sollten sie nur dann angewendet werden, wenn sich eine stärkere, politisch und sozial unerträgliche Dauer-Massenarbeitslosigkeit entwickelt. Im übrigen müßte das Schwergewicht der Wirtschaftspolitik auf Maßnahmen gelegt werden, die die Erhaltung eines hohen

Beschäftigtenstandes ermöglichen, ohne gleichzeitig gegen andere wirtschaftspolitische Ziele zu verstoßen. Hierzu zählen neben einer Teillösung des Mietenproblems, das zumindest die nichtinflationistische Finanzierung eines bescheidenen Wohnungsbaues sichern müßte, Maßnahmen zur Förderung der Konkurrenz (größere Freizügigkeit für industrielle und gewerbliche Neugründungen), verstärkte Bemühungen zur Erschließung neuer Auslandsmärkte und vor allem eine planmäßige Investitionspolitik mit Hilfe von ERP-Mitteln, die nicht nur auf eine Steigerung der Produktivität durch Rationalisierung, sondern ebenso bewußt auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze abzielt.

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 78-79

Nach dem scharfen, insbesondere durch die Überbrückungshilfe (aber auch durch den normalen erhöhten Geldbedarf zum Jahresultimo) hervorgerufenen Anstieg im Vormonat ging der Banknoten-umlauf im Jänner wieder zurück (um 122 Mill. S von 5.721 auf 5.599 Mill. S), obwohl die Kreditinstitute und die öffentlichen Stellen 326 Mill. S von ihren freien Nationalbankguthaben abhoben¹⁾ und sich gleichzeitig der Devisenbestand der Nationalbank (um 11 Mill. S), der Bestand an Teilmünzen (um 4 Mill. S) und das Lombardkonto (um 4 Mill. S) erhöhten. Die restriktive Wirkung ging auch diesmal vor allem von den Counterpart-Konten aus, die im Jänner durch eingezahlte ERP-Erlöse sowie im Zuge von drawing-right-Transaktionen um 377 Mill. S (auf 1.522 Mill. S) anstiegen. Durch starke Beanspruchung der Nationalbank im Dezember dürften außerdem einige Kreditinstitute ihre Liquidität verbessert haben, so daß sie im Jänner Bundesschatzscheine für 77 Mill. S rüchlösen konnten²⁾. Auch Warenwechsel (zum Teil Rohstoffwechsel im Rahmen der Finanzierung von ERP-Rohstofflieferungen) für 46 Mill. S wurden eingelöst, während der Bestand der National-

bank an „Aufbaukreditwechseln“ um 31 Mill. S zunahm³⁾.

Die im Jänner vorgenommenen Veränderungen im Devisenbewirtschaftungs- und Wechselkurssystem wurden bereits im letzten Bericht besprochen. Im Februar wurden die Freigrenzen im Reiseverkehr erhöht⁴⁾.

Da die Kreditexpansion auch im Dezember fortgesetzt wurde und sich teilweise auf Scheckkonten niederschlug, hat der Scheckeinlagenbestand bei den österreichischen Kreditinstituten trotz starkem Bargeldbedarf nicht viel abgenommen. Die Verminderung im Dezember betrug nur 3 Mill. S; da sich die Spareinlagen im gleichen Zeitraum um 8 Mill. S erhöhten, stiegen die Einlagen bei den Kreditinstituten insgesamt um 5 Mill. S.

Entsprechend dem fast allgemeinen Preisrückgang auf den reagiblen Märkten im Jänner und in der ersten Februarhälfte waren auch auf der Effektenbörse Kursrückgänge zu verzeichnen. Der Kursindex von 36 Industrieaktien (Gesamtindex) fiel um 5,1% von 322,5 auf 305,9 (März 1938 = 100), wobei alle erfaßten Industriezweige Kurseinbußen erlitten. Auch die Kurse der fest verzinslichen Werte gingen (durchschnittlich um 2,4%) zurück und die Bundesschuld-

¹⁾ Die freien, sofort fälligen Verbindlichkeiten der Nationalbank aus Guthaben von Kreditunternehmen verminderten sich um 294 Mill. S, welche teilweise auf ERP-Erlöskonten übertragen, teilweise aber auch für andere Zwecke (Kreditfinanzierung) verwendet worden sein dürften. Die freien Nationalbankguthaben öffentlicher Stellen sanken um 92 Mill. S.

²⁾ 3 Mill. S Bundesschatzscheine nach § 27 WSchG. und 69 Mill. S Besatzungskostenschatzscheine (nach § 2, 1 b, der Novelle zum Notenbanküberleitungsgesetz).

³⁾ Insgesamt nahm das Wechselportefeuille der Nationalbank um 15 Mill. S ab.

⁴⁾ Bisher durften Inländer beim Überschreiten der Grenze nur 200 S mit sich nehmen, die bei der Rückkehr wieder zurückgebracht werden mußten. Nunmehr dürfen 1.000 S mit ins Ausland genommen werden, die nicht mehr zurückgebracht werden brauchen. Bei Devisen wurde die Höchstgrenze von S 10'— auf S 30'— erhöht.